

Wahlen in Uttar Pradesh

von Klaus Voll

In drei Wahlgängen - zwischen dem 30. September und dem 7. Oktober - wurde im bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat Uttar Pradesh (U.P.) ein neues Landesparlament gewählt. Schon seit Jahren zählt der Bundesstaat zu den eher politisch instabilen. Vier Regierungen in sieben Jahren und eine zweimalige "Presidents Rule" (die Verwaltung des Staates von Delhi aus) belegen dies. Die Wahl in U.P. fand unter größten Sicherheitsvorkehrungen statt. Sie galt für die 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) und die auf Zentralebene regierende 'United Front' (UF) als Generalprobe für den Kampf um die Macht in Delhi. Denn Jahrzehnte galt die Faustregel: "Wer in U.P. regiert, führt auch in Delhi."

Rückblick

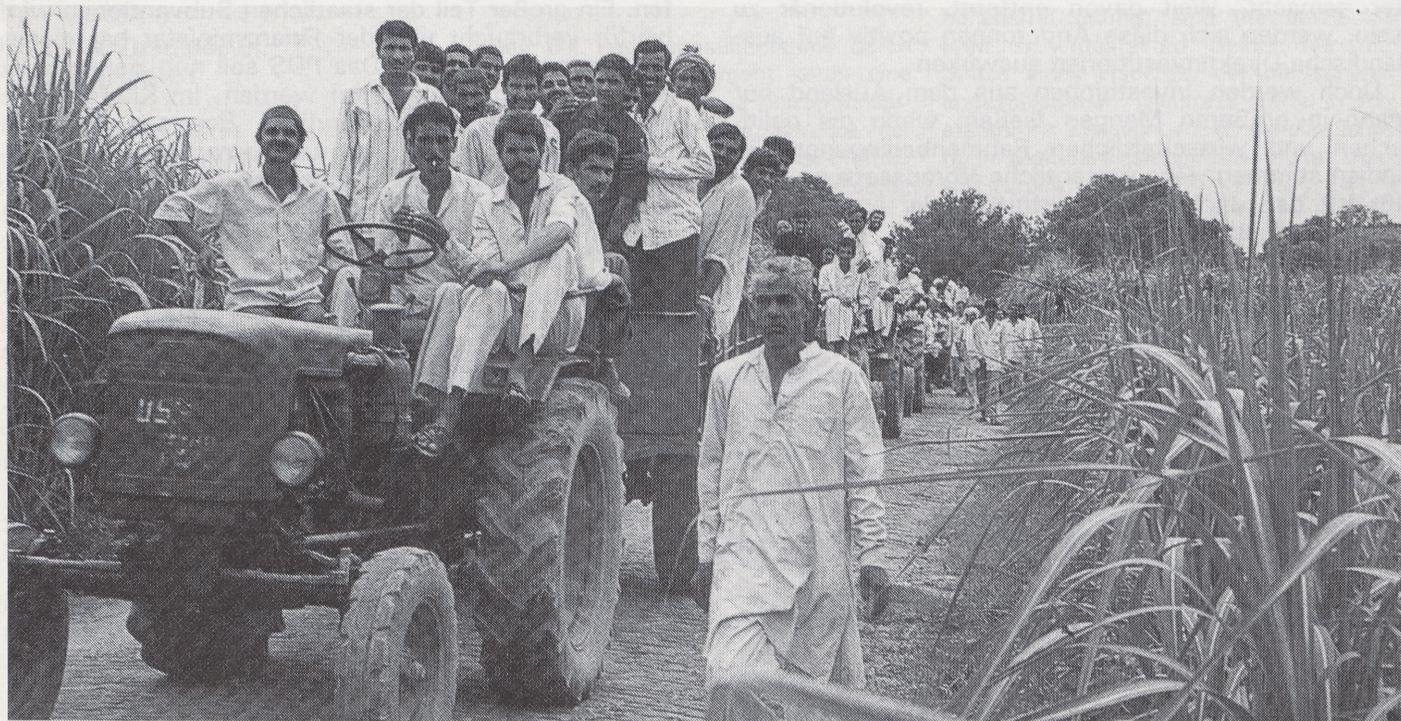
Dem 'Congress-I' gelang es nach der Unabhängigkeit bis Ende der 80er Jahre durch eine Kastenallianz zwischen Oberkasten, Harijans (Dalits) und Moslems seine Führungsposition in U.P. im Wesentlichen zu behaupten. Der allgemeine Niedergang des 'Congress', trotz des überwältigenden Wahlsieges von Rajiv Gandhi nach der Ermordung seiner Mutter Indira Gandhi 1984, war schon

damals unübersehbar. Die zunehmende Politisierung der Dalits mit der Gründung der 'Bahujan Samaj Party' und die bereits seit Anfang der 80er Jahre aufgrund lokaler Übergriffe (Moradabad, Meerut) unter dem Druck der Ayodhya-Agitation der hindu-nationalistischen Kräfte und des "weichen Hindutva-Ansatzes" von Narasimha Rao beginnende Verunsicherung der Moslems mit dem für sie demütigenden Abriss der Babri-Moschee in Ayodhya, führten dazu, daß diese in U.P. wichtigen sozialen und religiösen Minderheiten sich in ihrer Mehrheit weitgehend vom 'Congress' abwandten. 1941 lag der Bevölkerungsanteil von Moslems in U.P. noch bei 27,3 Prozent, durch die Teilung des Subkontinents reduzierte er sich auf 9,8 Prozent. Heute dürfte er bei ca. 16 bis 17 Prozent liegen.

Das politische Erstarren der sogenannten "rückständigen Kasten" (OBC's), angeführt von Mulayam Singh Yadav, bewirkte, daß der überwiegende Teil der in U.P. disproportional stark vertretenen Brahmanen bzw. sonstigen Oberkasten den durch interne Fraktionskämpfe zerstrittenen U.P.-'Congress' verließen und sich der BJP zuwandten. Die Abspaltung des viermaligen U.P.-Ministerpräsidenten N.D. Tiwari und

Uttar Pradesh (U.P.) ist mit seinen ca. 160 Millionen Einwohnern, die auf einer Fläche von knapp 300.000 qkm leben, der mit Abstand bevölkerungsreichste Staat in Indien. U.P. ist in sieben geographische Regionen unterteilt. Der Staat spielt in wirtschaftlicher Hinsicht keine große Rolle. Delhi wies z.B. zwischen 1991 und 1995 fünfmal so hohe ausländische Direktinvestitionen auf. 25 der 50 öffentlichen Unternehmen sind unrentabel und sollen geschlossen werden. Millionen landloser Landarbeiter, Kinderarbeiter und Schuldknechte prägen außerhalb des westlichen U.P. mit seiner "grünen Revolution" eine keineswegs homogene sondern konfliktrichtige Gesellschaft. Die noch überwiegend ländliche Bevölkerung wächst alle zehn Jahre um knapp 25 Prozent. Nach dem Zensus von 1991 lag der Anteil der alphabetisierten Bevölkerung mit 41,6 Prozent unterhalb des nationalen Durchschnitts, bei Frauen sogar nur bei 25,3 Prozent.

die Gründung des 'Congress-T' besiegelte diesen Trend. Das Abschneiden des 'Congress-I' mit einem Stimmenanteil



Wahlkampf in Uttar Pradesh (Foto: S. Ameja)



Wahlkampf der Samajwadi Party mit Mulayam Singh Yadav (Mitte) und anderen Parteiführern in Lucknow (Foto: Subir Roy)

von nur noch 8,14 Prozent bei der Lok Sabha-Wahl 1996 dokumentiert den bisherigen Tiefstand dieser einst den Bundesstaat souverän dominierenden politischen Partei, die sich von diesem "knock out" wohl nur mühsam, wenn überhaupt noch, erholen wird.

Die Kontrahenten

Bei der letzten Wahl 1993 gewannen die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) 176, die 'Samajwadi Party' (SP) 109, die 'Bahujan Samaj Party' (BSP) 67, die 'Janata Dal' (JD) 27, der 'Congress' 29 und die Kommunisten vier Sitze.

Kaste und "Klasse" stehen im Vordergrund der Auseinandersetzungen. Alle Konkurrenten verhandeln außerdem mit sozialen Gruppen, von denen sie bislang nicht unterstützt wurden. Der Ausgang der Wahl wird wesentlich davon abhängen, ob es den Parteien in größerem Ausmaß gelungen ist, wenigstens ihre eigenen Anhänger in optimaler Zahl zu mobilisieren.

Folgende Formationen standen sich gegenüber:

1. Die BJP bestritt die Wahl praktisch im Alleingang, sieht man von den ganz wenigen Wahlkreisen für ihren Allianzpartner 'Samata Party' (George Fernan-

des) ab.

2. Die 'United Front': An die Leitlokomotive 'Samajwadi Party' von Unions-Verteidigungsminister Mulayam Singh Yadav hingen folgende Parteien: die 'Bharatiya Kisan Kamgar Party' (BKPP) von Ex-Minister Ajit Singh und Bauernführer Mahendra Singh Tikait; die 'Janata Dal'; der 'Congress-Tiwari'; die 'Communist Party of India'; die 'Communist Party of India/Marxist'; der 'All India Forward Bloc' sowie eine Abspaltung der 'Bahujan Samaj Party', die von Lal Bahadur angeführt wird.

Die 'United Front' setzte auf die Achse der Yadav-OBCs mit den Moslems. Außerdem suchte sie die Unterstützung der Oberkasten in den Bergregionen von Uttarkhand sowie die Unterstützung der Jat-Bauernkaste im westlichen U.P.

3. Die 'Bahujan Samaj Party' (BSP; siehe dazu auch 'Südasiens', 5/96) führte die Allianz mit dem Juniorpartner 'Congress-I', was für den 'Congress' eine Art Demütigung gewesen sein muß. Im Osten des Bundesstaates sollte die 'Samajwadi Janata Party' von Ex-Premier Chandrashekar mit ihrem Appell an die landbesitzenden Thakurs (Kshatriya) aushelfen.

Die BSP/'Congress-I' Allianz ver-

suchte, die ca. 20 Prozent der Dalit-Bevölkerung, darunter die politisch bewußte und einflußreiche Chamar Kaste, Moslems und "Most Backward Castes" (MBCs) zu vereinen und die Reste der bislang den 'Congress-I' unterstützenden Angehörigen der Oberkasten für sich zu gewinnen. Neben den Chamars sind die Pasis, Valmiki und Sonkars die wichtigsten Dalit-Gruppen im Bundesstaat.

Das Spektrum politischer Parteien wurde durch den 'Bundelkhand Mukti Morcha' (BMM) in der gleichnamigen Region und die im östlichen U.P. operierende 'Communist Party of India/Marxist-Leninist' (CPI/ML) bereichert. Die CPI/ML hat eine größere Anhängerschaft unter den ländlichen Armen und stellte auch in den Bergregionen Kandidaten auf.

Drei Aspiranten für das Amt des Ministerpräsidenten standen sich gegenüber:

1. Ex-Ministerpräsident Kalyan Singh (BJP), ein Lodh-Rajpute, der kastenmäßig zu den MBCs gehört.

2. Verteidigungsminister und Ex-Ministerpräsident Mulayam Singh Yadav (SP), der zur Bauernkaste der Yadavs, die ca. zehn Prozent der U.P. Bevölkerung ausmachen, gehört.

3. Ex-Ministerpräsidentin Mayawati (BSP), die als Dalit zur Chamar-Kaste gehört. Mayawati gilt heute als eine Kultfigur unter den Dalits.

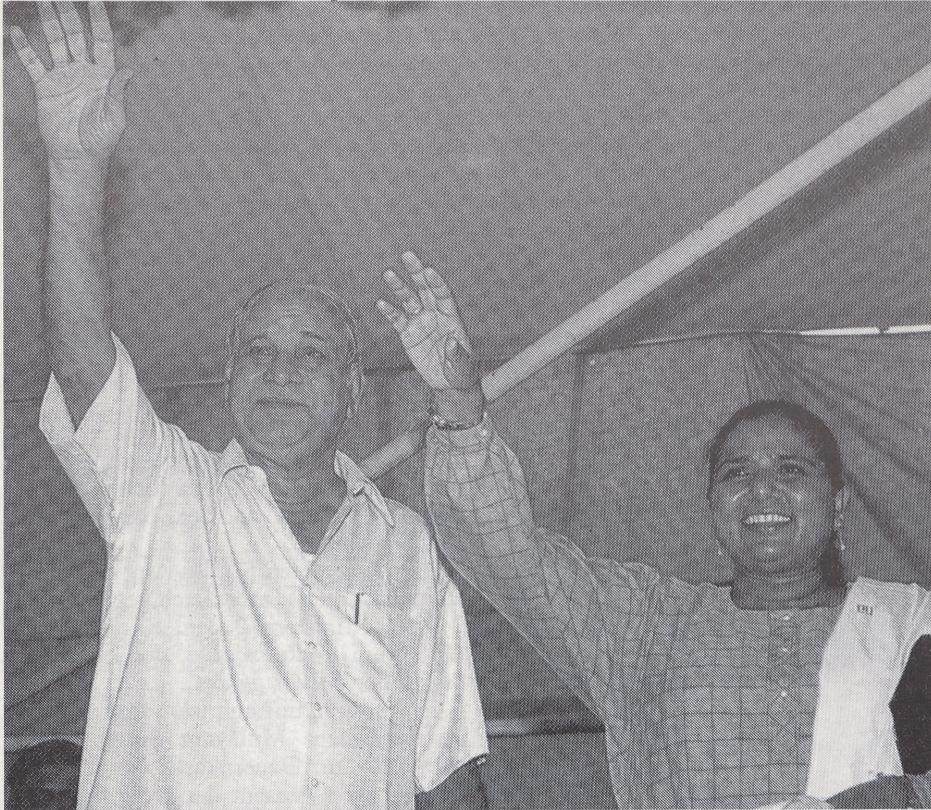
Wie bei der Lok Sabha-Wahl 1996 kam es erneut zu einem Mehrparteienwettbewerb, von dem die BJP mit ihrem seit 1990 konstant knapp über 30 Prozent liegenden Stimmenanteil erfahrungsgemäß nur profitieren kann. Außerdem sind die BJP Gegner gespalten, was der Wahlkampf gezeigt hat.

Die alten Kastenstrategien wurden in U.P. durch die BSP/'Congress-I'-Allianz erstmals vom Kopf auf die Beine gestellt. Die ehemalige 'Congress'-Strategie unter eindeutiger Führung von Angehörigen der Oberkasten zusammen mit den bis zum Ende der 80er Jahre erfolgreich mobilisierten Angehörigen der Dalits und Moslems ist gescheitert. Mayawati, die Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten in Lucknow, führte stattdessen eine Allianz der gesellschaftlichen "underdogs" an.

Ziele der Parteien

In einem 19-seitigen Wahlprogramm versprach die BSP, die auch stark um die Stimmen der moslemischen Wähler buhlte, die Herrschaft der Oberkasten in U.P. zu brechen und eine Gesellschaft mit gleichen Rechten für Alle zu bilden. Im Vordergrund steht außerdem der Kampf gegen kommunalistische Kräfte.

Die BJP machte die Wahlen zur Generalprobe mit Blick auf die von ihr für 1997 erwarteten Neuwahlen zur Lok



Bahujan Samaj, Parteichef Kanshi Ram und die frühere Ministerpräsidentin Uttar Pradeshs Mayawati auf einer Parteikundgebung (Foto: Subir Roy)

Sabha. Trotz interner Auseinandersetzungen legte die Partei als erste eine geschlossene Liste vor. Sie nominierte Brahmanen und Rajputen, sowie einen großen Anteil von OBCs, die nicht zu den Yadavs gehören (Kurmis, Lodhis, Kushwahas, Shakyas, Binds und Pasis). Als wichtiges Versprechen der BJP galt der Bau eines Tempels zu Ehren des Hindugottes Ram. Die wirtschaftliche Lage des Staates soll besonders im ländlichen Raum eine Verbesserung, Wohnungsbau und Bildungssystem eine Aufwertung erfahren.

Premierminister Deve Gowda spielte die Bedeutung der Wahlen in U.P. für die von ihm geführte Zentralregierung herunter und betonte, daß ihr Ausgang die Stabilität seiner Regierung nicht be-

einflussen werde. Gowda versuchte, den politischen Diskurs im Bundesstaat von der Kastenproblematik auf Fragen grundsätzlicher wirtschaftlicher Entwicklung zu lenken und das bestehende Kastensyndrom aufzubrechen. 500.000 Häuser sollen für Arme gebaut werden, Konzessionen für Düngemittel und den Kauf von Traktoren, Bezahlungen von Rückständen an Zuckerrohrbauern sowie höhere Erzeugerpreise für Zuckerrohr dienen als Wahlgeschenke. In der gemeinsamen Erklärung der 'United Front' wurde u.a. versprochen, kommunalistische Kräfte zu bekämpfen, den Dalits, Frauen, Minderheiten und gesellschaftlich rückständigen Bevölkerungsgruppen einen Anteil an der Macht sowie größere Anerkennung in der Ge-

sellschaft zu geben, eine Wirtschaftspolitik einzuschlagen, die die Rechte der Bauern und Arbeiter schützt sowie einen Arbeitsplatz für mindestens ein Familienmitglied sowie gleiche Ausbildungschancen zu garantieren. Premier Gowda verkündete in seiner Rede zum Unabhängigkeitstag am 15. August außerdem die Bildung des neuen Unionsstaates Uttarakhand, der die Bergregionen Gharwal und Kumaon im westlichen Uttar Pradesh umfaßt. Mit diesem Schachzug versuchte er, den Einfluß der BJP in den Bergregionen zurückzudrängen.

Szenarien nach der Wahl

Zweifelsohne ist die Wahl im Bundesstaat ein Testfall für die Machtverteilung auf Zentralstaatsebene. Obwohl die BJP als Favorit in die Wahl ging, kann keineswegs eindeutig erwartet werden, daß die Partei eine absolute Mehrheit aus eigener Kraft gewinnen wird. Trotz des nach außen hin zur Schau getragenen Optimismus der kommunistischen Parteien gelten sie praktisch nur als Zählerfaktoren. Der "Niedergang" der CPI wird durch die resignative Aussage von Innenminister Indrajit Gupta vor wenigen Jahren belegt, daß es das Kastenwesen in Nordindien wohl noch in 500 Jahren geben würde. Daran hätten sich die Kommunisten die Zähne ausgebissen.

Aber auch die 'Bahujan Samaj Party' oder die 'Samajwadi Party' könnten als stärkste Einzelparteien neben der BJP in der Lage sein, eine Minderheitenregierung zu bilden.

Überraschungen aller Art waren für U.P. schon immer an der Tagesordnung, politische Prinzipien dagegen nur selten erkennbar. In diesem Szenario wäre selbst die Neuaufgabe einer BSP-Regierung mit BJP-Unterstützung von außen möglich.

Insgesamt gab es bei den Wählerinnen und Wähler jedoch Anzeichen einer allgemeinen Ernüchterung, was sich in einer geringen Teilnahme an Wahlkundgebungen bemerkbar machte.



INDIENHILFE e.V.

Luitpoldstraße 20, 82211 Herrsching
Tel: 08152-1231, Fax: 08152-48278

Hilfe zur Selbsthilfe in Indien: 1994 förderte die Indienhilfe neun indische Partnerorganisationen (zehn Projekte) mit insgesamt rund 250000 DM. Schwerpunkte: integrierte ländliche Entwicklung, Frauenförderung, Umweltschutz, erneuerbare Energien.

Das Indienbüro der Indienhilfe ist ein bundesweit arbeitendes Indien-Informationszentrum für an Entwicklungsfragen interessierte Menschen. Dem Indienbüro ist als Zweckbetrieb der Verlag DURGA PRESS angeschlossen.

Weltweit gerechtere Handelstrukturen fördert die Indienhilfe durch den Verkauf von Produkten aus der Dritten Welt in ihrem **Dritte Welt Laden** in Herrsching.

Das **Dialogprojekt** der Indienhilfe zielt schwerpunktmäßig auf den Bereich interkultureller Austausch im Landkreis Starnberg ab.